

Annoncen-
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. F. Ulrich & Co.
Breitestr. 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. F. Daube & Co.,
Hafenstr. 10, 11,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen,
beim „Invalidendank“.

Nr. 710.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 10. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 8. Oktober. Der König hat die Gerichts-Affessoren **Naack** in Bromberg, **Beyer** in Breslau, **Krede** in Erfurt, **Häbnel** in Meuthen D./S., **Dr. jur. Türlin** in Gilders, **Denise** in Trebnitz, **Gall**, **Gräfe**, **Dirich** und **Regeler** zu Amtsräthern ernannt; sowie den Rechtsanwältin und Notaren **Justizrath Doobe** in Memel und **Justizrath Salzmänn** in Breslau den Charakter als Geheimer Justizrath, dem Rechtsanwältin und Notar **Roschella** in Gabelsberg den Charakter als Justizrath, und den Gerichtsschreibern **Sekretär Wiczorek** in Myslowitz und **Sekretär Beyer** in Ranslau bei ihrer Versetzung in den Ruhestand, sowie dem Gerichtsschreiber **Sekretär Rönneke** in Arnswalde den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der Geheime Regierungsrath und vortragende Rath von **Zastrow** ist vom Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten in gleicher Eigenschaft in das Ministerium des Innern versetzt worden.

Der Rechtsanwalt **Brand** zu Bielefeld ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Herford, ernannt worden. Verlegt sind: der Amtsrichter **Mottin** in Ritschen an das Amtsgericht in Meuthen D./Schl., der Amtsrichter **Herrmann** in Haigerloch an das Amtsgericht in Freiburg a. U., der Amtsrichter **Erleben** in Melsb an das Amtsgericht in Jönsteden und der Amtsrichter **Felbmann** in Arnswalde an das Amtsgericht in Wald. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichtsassessor **Herrmann** bei dem Amtsgericht in Paderborn, der Gerichtsassessor **Strodtzki** bei dem Amtsgericht in Jöhannisburg, der Landrichter a. D. **Basch** aus Meseritz bei dem Landgericht I. in Berlin und der Gerichtsassessor **Seeles** bei dem Amtsgericht in Remscheid. Der Rechtsanwalt und Notar **Kühne** hat seinen Wohnsitz von Landeck (nicht Landeshut) nach Glatz verlegt.

Dem Oberlehrer **Dr. Spengler** beim Gymnasium an der Apostelkirche zu Köln ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Die Ernennung des ordentlichen Lehrers **Hebestreit** am Gymnasium zu Stendal zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 10. Oktober.

Aus der Mehrzahl der Wahlkreise im ganzen Reiche hört man, daß aller Voraussicht nach eine engere Wahl notwendig sein werde; denn niemals haben sich die Stimmen auf so viele Kandidaten zerplittert. Es könnte leicht sein, daß schon aus diesem Grunde die Einberufung des Reichstags sich über den bisher in Aussicht genommenen Termin hinaus verzögern wird.

Seitdem die Sicherstellung der Armen und Schwachen gegen Alter und Invalidität auf dem Tapet gebracht ist, hat zwar noch Niemand verrathen, wie dieses ungeheure Projekt ausgeführt werden soll; nur über das Eine ist man einig, daß die Ausgaben, welche zur Ausführung derselben erforderlich sind, hunderte von Millionen Mark betragen. Anfangs wollte Herr Prof. Wagner sich mit dem Ertrage des Tabaksmonopols begnügen, den er auf 160 Millionen Mark veranschlagte. Am vergangenen Freitag aber hat Herr Wagner nach dem Bericht des „Reichsboten“ seinen präsumtiven Wählern erklärt, „ob die ganzen Kosten des Staatszuschusses zur Altersversicherung vom Tabaksmonopol u. s. w. gedeckt werden sollten und könnten, das wisse man nicht; nur das sei gewiß, daß der Ertrag der Tabakssteuer nach den Plänen des Reichsanwalters mit dazu verwendet werden solle.“ Die 160 Millionen Mark, welche in Form des Monopolbetriebs aus der Tabakssteuer gezogen werden sollen, reichen also nach den Absichten des Reichsanwalters noch lange nicht aus, um auch nur eine der großartigen Ideen auszuführen!

Es ist bemerkenswerth, sagt die „N. Z.“, mit welcher Schärfe das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania“, sich neuerdings wieder über die Regierung und über die konservativen äußert. Aus einem hierfür besonders charakteristischen Artikel heben wir folgende Bemerkungen hervor:

Die „Provinzial-Korrespondenz“ hat in ermüdender Eintönigkeit ihr „Entweder-Oder“ geübt, aber sie hat damit nichts erreicht, als den handgreiflichen Beweis, daß es der Regierung nicht auf ein sachliches, sondern auf ein persönliches „Entweder-Oder“ ankommt. Fürst Bismarck kann sich jetzt in die Brust werfen; wenn irgend ein Anderer aus der Zahl der jetzt lebenden Staatsmänner es wagen wollte, den Wählern solche Zumuthungen zu stellen, wie er es thut, so würde alsbald der Ruf: „Fort mit ihm!“ die Wahlbewegung beherrschen. Aber der Kanzler kann das Neueste riskiren; denn mit seinem Rücktritt bei gesundem Verstande wagt zur Zeit Niemand zu rechnen. Trotz dieser festen Stellung des Kanzlers bleibt es doch ein starkes Stück, daß er durch sein halbamtliches Organ aus mit kaltem Lächeln erklären läßt, wer Klarheit über die Pläne der Regierung fordere, sei ein halber Revolutionär, der auf das Referendum der schweizerischen Volksouveränität hinausgehe. Der Gipfel der Selbstsamkeit wird in dem lapidaren Satz erreicht, Aufklärung fordern, heiße verdunkeln wollen. Nun möchten wir wissen, wo denn eigentlich die herrschende Dunkelheit noch verdrängt werden könnte. Das halbamtliche Blatt versichert, es sei richtig, was in offiziöser Weise über die Verschönerung und Tabaksmonopol verlaubbart sei. Nun sind aber wenigstens vier verschiedene Projekte mit offiziöser Stempel in die Öffentlichkeit gekommen; soll aber jeder Wähler davon wählen, was ihm am besten paßt? In allen Artikeln und Reden wird leibhaftig die Frage diskutiert, ob Fürst Bismarck eine konservativ-kerikale oder eine konservativ-liberale Majorität bilden werde; man stellt den Kanzler, das Zentrum und auch die Nationalliberalen mit ihren Willensmeinungen in Rechnung; aber nirgends ist von dem liberalen arbitrium der Konservativen die Rede. Alle Welt ist überzeugt, daß sie immer mit Bismarck marchiren werden, mag es nun ein Zentrums-Bismarck oder

ein nationalliberaler Bismarck sein. Eine traurigere Stellung für eine Partei ist kaum denkbar.

Mit Recht macht das kerikale Blatt ferner auf die Widersprüche aufmerksam, welche sich binnen wenigen Tagen in den unzweifelhaft offiziösen Erklärungen, denen des literarischen Büreaus, über die kirchenpolitischen Verhandlungen finden. Eine solche offiziöse Rundgebung stellte gestern die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen in Aussicht, sobald Beschlüsse des Staatsministeriums über die kirchliche Frage vorliegen. Vor einigen Tagen wurde die Wiederaufnahme der Verhandlungen erst für den Zeitpunkt in Aussicht gestellt, nachdem der Landtag ein neues Vollmachtgesetz bewilligt haben würde.

Ein höherer Verwaltungs-Beamter — die „Pos. Ztg.“, welcher wir dies entnehmen, referirt nach der „Norddeutschen Allgemeinen“ — hatte „im Laufe einer amtlichen Besprechung angeblich eine Aeußerung fallen lassen, welche als eine persönliche Beleidigung aufgefaßt wurde“. Wir verstehen den Thatbestand so, daß derjenige, mit welchem der Beamte dienstlich sich besprach, sich beleidigt fühlte. Der Letztere klagte wegen Injurien, der Beamte aber wurde in erster Instanz verurtheilt, in zweiter dagegen freigesprochen. In diesem Gange der Sache, welche allerdings noch mancher Erläuterung bedürftig wäre, wenn man ihn speziell beurtheilen sollte, findet das freiwillig gouvernementale Blatt eine Gefahr für die Autorität des Amtes und dringt, indem ihr ein anderes konservatives Blatt dabei sekundirt, auf Remedur. Da die juristische Seite des Spezialfalles für diese Betrachtung völlig gleichgültig ist, so nehmen wir den günstigsten Fall und demgemäß an, daß der Beamte sonst völlig in seinem Rechte gewesen ist und nur eine Redewendung gebraucht hat, welche der Betroffene als eine Injurie auffaßte, ohne daß dies notwendig gewesen wäre. Zweifelhaft muß die Sache nach dieser Richtung hin gewesen sein, sonst würden nicht zwei sich widersprechende Erkenntnisse gefällt worden sein. Denn eine wirkliche, unzweideutige Injurie auszusprechen, ist dem Beamten im Dienste in keinem Falle erlaubt. Nun findet die „Norddeutsche Allgemeine“, wie auch wir, es ganz in der Ordnung, daß der wirklich oder vermeintlich Verletzte berechtigt sein soll, für die ihm zugefügte Ehrenkränkung Genugthuung zu fordern. Er soll aber nicht beim ordentlichen Richter, sondern nur bei den Vorgesetzten des Beleidigers, eventuell — und dafür wird mit einem gewissen Pathos plaidirt — bei einer Verwaltungsinstanz klagen dürfen, welche „mit den sichersten Kautelen für rücksichtslose Rechtspflege“ ausgestattet wird. Die „Norddeutsche Allgemeine“, welche theils selbst raisonnirt, theils der zitierten „Wiesbadener Zeitung“ beistimmt, behauptet, daß „in einem solchen Falle, wie der vorliegende, die Dinge nicht so einfach verlaufen wie bei einer gewöhnlichen Injurienklage“. Zur Illustration wird dann die entgegliche Möglichkeit ausgemalt, daß „der Offizier im Dienst sich wegen einer wörtlichen Ausschreitung vor Schöffen zu verantworten hätte. Dies würde mehr als den Anfang des Endes aller militärischen Ordnung bedeuten, das feste Gefüge der Armee würde zerfallen“. Nun hat zwar noch Niemand verlangt, daß der Soldat gegen den Offizier vor dem Schöffengericht klagen dürfen. Aber viele Leute würden es für sehr passend haltend, daß ein Offizier, der im Dienst andere Personen beleidigt, vor dem ordentlichen Richter Rede stehen müßte. Das „feste Gefüge der Armee“ würde darunter nicht zu leiden haben. Es wird aber in jedem Falle nur wenige Leute geben, welche den konservativen Blättern zustimmen möchten, wenn es dann heißt, daß „prinzipiell der Administrationsbeamte sich in ganz gleicher Lage befindet“ wie der Offizier im Dienst seinen Soldaten gegenüber. So wie dieser Offizier sich nicht vor dem ordentlichen Richter, sondern nur vor seinen militärischen Vorgesetzten zu verantworten hat, so soll auch der Administrationsbeamte davor geschützt sein, einem engeren Ressort zur, wie die Oesterreicher sagen, Abhandlung überwiesen zu werden. Ungemein geistreich ist die daran gehängte Frage, ob man „es für schicklich halten würde, wenn ein Richter, dem in Ausübung seines Amtes ein ungeeignetes Wort entslüpft, sich vor einem Regierungskollegium zu verantworten hätte.“ Es ist kaum möglich, die Gedankenlosigkeit noch weiter zu treiben, oder vielmehr die Dreistigkeit zu steigern, mit welcher man dem gebildeten Publikum solchen Nonsens zu bieten wagt. Der Gedanke, daß nur der Richter über privatrechtliche Streitigkeiten, die Administrationsbeamten aber niemals über solche Streitigkeiten zu urtheilen haben, verschwindet dem offiziösen Denkvorgang völlig vor dem Uebermuth und dem Hochmuth einer privilegierten Stellung, die sie nicht einmal selbst einnehmen.

Die Verhandlungen der österreichischen Landtage über die ihrem begutachtenden Votum unterbreitete Verwaltungsreform-Vorlage nehmen einen den Intentionen des Ministeriums sehr ungünstigen Verlauf. Sämtliche Landtage haben bisher das Questionnäre der Regierung in entschieden ablehnendem Sinne beantwortet, weil sie in der Reform, wie sie die Regierung vorschlägt, eine Einschränkung ihrer

Autonomie und eine unangemessene Ausdehnung des Regierungseinflusses erblicken. In diesem ablehnenden Urtheil begegnen sich alle Mitglieder der einzelnen Partikular-Vertretungen, welcher politischen Parteirichtung sie auch sonst angehören mögen, und es gewährte ein ungewohntes Schauspiel, u. A. Dr. Herbst und Kieger im böhmischen Landtage dieselbe Meinung vertreten zu sehen. Die Regierung ist mit diesem Fiasko ihrer Reformideen natürlich wenig zufrieden und läßt es an — bisher freilich stets vergeblich — Versuchen nicht fehlen, die Landtage umzustimmen. Im Uebrigen ist über die Verhandlungen der Landtage noch etwa Folgendes zu berichten:

Sie verlaufen da, wo die Verfassungspartei die Majorität besitzt, in ruhiger, die Geschäfte fördernder Weise. Eine Ausnahme hiervon macht nur der Innsbrucker Landtag. Hier ist die Majorität auf Seiten der Kerikalkonservativen, welche denn auch diese Gelegenheit nicht veräumen, einen Schlag gegen die gebaute Schule zu führen. Die Anträge des Ausschusses wurden zum Beschluß erhoben, welche darin gipfeln, die konfessionelle Volksschule wiederherzustellen und den Einfluß der Reichsregierung auf dieselbe auf die Feststellung der „allgemeinen Grundsätze“ zu beschränken. Da aber die Erfüllung dieser Wünsche noch einige Zeit auf sich warten lassen dürfte, so soll auf administrativem Wege wenigstens dem allerdringendsten Bedürfnisse Rechnung getragen werden. Die hier skizzierte Resolution geht in ihren Forderungen weit über das hinaus, was selbst Hofrath Lienbacher und Fürst Alois Liechtenstein jemals zu fordern wagten. Es ist eine tief einschneidende Verfassungsänderung, was hier die Kerikalen wünschen, und da zu einer solchen die Zweidrittelmajorität verlangt wird, so ist an eine Verwirklichung dieser frommen Wünsche selbst unter einem Kabinet Hohenwart nicht zu denken. Der galizische Landtag hat sich dagegen in der Verwaltungs-Reformfrage zu einem Kompromiß herbeigelassen, dessen Zustandekommen auf die persönlichen Bemühungen des Finanzministers von Dunajewski zurückgeführt wird. Man hat sich in Lemberg, um dem Ministerium durch eine scharfe Zurückweisung seine Verlegenheit zu bereiten, entschlossen, bei Beantwortung des Questionnäres auf die Betonung der staatsrechtlichen Seite der Frage zu verzichten, d. h. man giebt es auf, die Einrichtung der Verwaltungsbehörden für die Landtage zu reklamiren. Diese Haltung des galizischen Landtages wird, wie es scheint, auch nicht ohne Einfluß auf diejenigen der Czechen bleiben, welche ein Nachgeben schon jetzt in Aussicht stellen.

Der „Polit. Korresp.“ wird, laut telegraphischer Nachricht vom 8., aus Konstantinopel gemeldet, daß neben formeller Wahrung der türkischen Oberhoheit und Paralyisirung der europäischen Einflüsse die türkische Mission nach Egypten auch die Einberufung der ägyptischen Notabelnkammer zu vereiteln oder doch zu verzögern den Auftrag habe, indem der Sultan besorge, daß dann auch die Einberufung des Parlaments in Konstantinopel notwendig werden würde. Die Mission sei mit vielen Orden und Geschenken ausgerüstet und habe den geheimen Auftrag erhalten, eine ägyptische Liga ins Leben zu rufen, welche zu den leitenden Kreisen in Konstantinopel in enge Fühlung treten solle.

In den ultramontanen französischen Blättern taucht das dem Papste Leo XIII. zugeschriebene Projekt, Rom zu verlassen, von Neuem auf. Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Beim Empfang einer Deputation, welche dem Papste anlässlich der Jahresfeier des Plebiszits über die Annexion von Rom eine Adresse überreichte, hat Leo XIII., wie dem „Figaro“ gemeldet wurde, eine Ansprache gehalten, in welcher er sich über das erwähnte Projekt äußerte. Er soll erklärt haben, daß, falls die Revolution ihr Werk fortsetzte, er sich vielleicht gezwungen sehen würde, Rom zu verlassen, nicht um seine Person zu sichern, sondern um die Unabhängigkeit und Würde des Pontifikates zu wahren.“ Zugleich veröffentlicht der konservative „Moniteur“ seltsame Mittheilungen, die er selbst als eine von ihm begangene Indiskretion bezeichnet. Es handelt sich um die geheimnißvolle Wegschaffung von Gegenständen, welche dem apostolischen Palaste angehören. Unter dem Schleier der Nacht und zuweilen selbst am Tage verlassen die reichbeladenen Wagen den Vatikan und begeben sich durch den Borgo nach der österreichischen Botchaft, woselbst dann der Inhalt aufbewahrt wird. Wie dem „Moniteur“ weiter berichtet wird, handelt es sich mehr um werthvolle Papiere, welche vielleicht den geheimen Archiven des Vatikans entnommen sind, als um Kunstschätze oder Werthgegenstände. Es wäre immerhin möglich, daß der Papst durch seine unverdächtige Umgebung im Hinblick auf die Vorgänge, die sich bei der Ueberführung der Leiche Pius' IX. nach San Lorenzo abspielten, derartig in Schrecken gesetzt worden ist, daß er sich in der That von Seiten der Buzuri des Schlimmsten verheißt, wie wenig begründet auch diese Befürchtungen sind. Andererseits erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Leo der XIII. sich durch das Verlassen Roms gerade dem unerträglichen Joch entziehen möchte, welches ihm die Unversöhnlichkeit des Vatikans aufzulegen. Bis auf Weiteres muß man jedoch annehmen, daß die Ausführung des angeblichen Projektes selbst noch in blauer Ferne liegt, und daß es sich zunächst nur um eine Preßion handelt, welche auf das italienische Gouvernement und noch mehr auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden soll. Der „Figaro“ verräth diese Absicht deutlich genug, indem er hervorhebt, daß die erste Maßregel nicht deutlich genug nahe bevorstehend sei, daß man aber in unzweifelhaft nicht nahe bevorstehend eine dem italienischen Gouvernment der Ansprache des Papstes mindestens einen an alle katholischen Staaten gerichteten Appell erblicken müsse, da es den letzteren obliege, den moralischen Frieden ihrer Unterthanen zu sichern. Was nun die Stellung des italienischen Gouvernements gegenüber einer eventuellen Ueberfiedelung des Papstes anlangt, so würde dasselbe nur der fast allgemeinen Volksstimmung Ausdruck geben, wenn es diese Veränderung mit leichtem Herzen vor sich gehen ließe. In Rom selbst ist man den Vorgängen im Vatikan gegenüber ziemlich skeptisch, ja man unterschätzt sogar vielleicht, wie die jüngsten Municipalwahlen gezeigt haben, die Bedeutung der Kerikalen. Sicher ist aber das Eine, daß die weit

überwiegende Zahl der am politischen Leben Italiens theilnehmenden Bevölkerung die Befreiung des Vatikan und des Laterans, sowie die tatsächliche Aufhebung der Garantiegesetze mit Freuden begrüßen würde. Jedenfalls würden die Römer das Scheiden des Papstes mit größerem Gleichmuth aufnehmen als die Provocationen, durch welche die Klerikalen bei der Ueberführung der Leiche Pius' IX. die Entrüstung aller Freunde der neuen Ordnung hervorriefen.

Uebrigens hatte auch schon Pius IX. Anwandlungen, Rom zu verlassen. In der „Revue des deux mondes“ veröffentlicht Herr v. Rothan „diplomatische Erinnerungen“, welche über diese päpstliche Ueberfiedelungsangelegenheit manche interessante Mittheilung enthalten. So erzählt Herr v. Rothan, daß bereits nach dem deutsch-österreichischen Kriege, da sich der Papst mit dem Gedanken, Rom zu verlassen, lebhaft beschäftigte, Harry v. Arnim aus freien Stücken im Namen seines Souveräns dem Papste die Gastfreundschaft in Deutschland angeboten, was Napoleon III. beunruhigt habe:

„Dieses erste Zusammentreffen der Politik beider Länder auf einem Gebiete außerhalb Deutschlands wurde in Paris um so bitterer empfunden, als man Preußen am wenigsten in Rom geglaubt hatte begreifen zu müssen. Auf die Interpellation Benedetti's erklärte Herr v. Thile, Graf Bismarck war damals noch in Varen, daß Herr v. Arnim in dieser Beziehung keine Spezial-Instruktion habe und nichts in seinen neuesten Depeschen auf einen solchen Schritt hindeute. Herr v. Thile, fügt Rothan hinzu, „war der Geist, der stets verneint“. Der Papst hatte jedoch von dem Anerbieten selbst gesprochen, das Herr v. Arnim ihm gemacht hatte; als Herr Benedetti wiederum bei Herrn v. Thile auf die Sache zurückkam, theilte dieser mit, daß nach weiteren Informationen Herr v. Arnim in der That dem Papste angeboten habe, als dieser sich über die abhängige und ungewisse Lage, in die er gebracht sei, beklagte, für den vorläufiglichen Fall seiner Abreise von Rom seine Zuflucht in Preußen zu wählen. . . Die Regierung Napoleons war in ihren empfindlichsten Nerven getroffen; sie konnte sich erst bei der Rückkehr Herrn v. Bismarck's aus Varen fassen; es wurde ihr mitgetheilt, daß Herr v. Arnim nur unter dem ultramontanen Einfluß seines Schwagers, des Herrn v. Savigny, gehandelt habe und daß Herr v. Bismarck, weit entfernt, die dem Papst erwiesene ungewohnte Zuvorkommenheit des Gesandten des Königs zu billigen, sich lebhaft über den Abweg beklagte, den man seine Politik während seiner Abwesenheit habe machen lassen.“

Aus Paris meldet man von vorzüglich informirter Seite, theilweise im Widerspruch mit anderweitigen Nachrichten:

Bezüglich der inneren Lage tauchen täglich neue Kombinationen auf, namentlich, was den Eintritt Gambetta's in das Ministerium betrifft. Bis zur Stunde weiß noch Niemand, die höchstlebenden Persönlichkeiten nicht ausgenommen, wie der Verlauf sich gestalten wird. Als die natürliche Lösung wird angesehen — und es ist das auch Präsident Grévy's Auffassung —, daß gleich nach Eröffnung der Kammern ein Vertrauensvotum für das alte Kabinett gefordert wird, und da die Majorität dies unzweifelhaft ablehnt, alsdann Gambetta mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut werden würde. Eine Kombination Gambetta-Ferry scheint undenkbar. Im Publikum ist die Stimmung für Gambetta eine sehr getheilte; man glaubt, daß er nicht allzu lange an der Spitze des Kabinetts bleiben dürfte. Das Vorgehen der Intransigenten gegen Gambetta wird, so unliebsam dies auch Gambetta ist, doch zu einem Prozesse führen. Man erzählt, daß Roustan weniger durch finanzielle Operationen als durch seine Beziehungen in Tunis zu der Frau eines dortigen Generals stark kompromittirt ist. Welcher Zusammenhang zwischen Roustan und Gambetta existirt, ist nicht festzustellen; wohl aber wird behauptet, daß Gambetta auf Grund früherer Angelegenheiten, die er jetzt austauschen zu sehen fürchtet, die öffentlichen Verhandlungen scheut.

Die Kommunisten verfolgen ganz offen den Plan, die revolutionäre Aktion zu organisiren und gleichsam in Permanenz zu erhalten. Der Bürger Humbert macht in dieser Beziehung den folgenden Vorschlag:

Die Kammeression wird beginnen. Möge denn jeden Abend, wenn die offizielle Sitzung beendet, das Parlament des Volkes tagen. Es müssen dann in den zwanzig Arrondissements von Paris zu gleicher Zeit zwanzig große Versammlungen gehalten werden, in denen sich gewiß alle um die öffentlichen Angelegenheiten besorgten Bürger einfinden werden. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung wird sein: „Debatte über die parlamentarischen Vorgänge des Tages. Das ist ganz einfach. Der Sitzungsbericht wird verlesen und die Debatten beginnen.“ Wenn dieses Projekt zur Ausführung gelangt, hätten wir also jeden Abend zwanzig revolutionäre Kammeressionen.

Der Bürger Humbert vergißt dabei nur, daß allerdings das beinahe bedingungslose Versammlungsrecht existirt, wovon er und seine Freunde täglich Gebrauch machen, daß aber die politischen „Klubs“ noch immer gesetzlich verboten sind, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Polizei wie auch die Gerichte seine zwanzig Versammlungen als ebensovieler „Klubs“ betrachten und darnach behandeln würden. Es wird eben auf die Energie der Regierung ankommen. Wenn Herr Gambetta Ministerpräsident wird, würde ihm diese Aufgabe obliegen. Es ist anzunehmen, daß es Herrn Gambetta beschieden sein wird, zum ersten Male seit 1871 den unverwundlichen Revolutionären gegenüber die nöthige Energie zu zeigen.

Laut telegraphischer Meldung hat Gladstone auf einem in Leeds am 8. d. M. abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts gehalten:

Er beglückwünschte die liberale Partei zur Ausführung des Berliner Vertrages hinsichtlich Montenegro's und Griechenlands beigetragen zu haben und unterzog die englisch-Afrikaner in Afghanistan einer verurtheilenden Kritik. Diefelbe habe lediglich den Erfolg gehabt, die Afghanen aus Freunden Englands zu dessen Feinden zu machen und so das moralische Hinderniß zwischen Indien und dem russischen Reiche hinwegzuräumen. Wir haben uns, erklärte Gladstone weiter, nunmehr fast vollständig von dieser thörichten und verbrecherischen Unternehmung zurückgezogen und einige der unglücklichsten Erinnerungen und der skandalösesten Aufzeichnungen in den Blättern unserer Geschichte auszutüglern vermocht. Bezüglich Egyptens bemerkte der Premier, die Politik der liberalen Partei werde darauf gerichtet sein, streng im Einklang mit der verbündeten und befreundeten französischen Regierung zu handeln, um die Wohlfahrt Frankreichs sicher zu stellen. Wir werden zu verhindern suchen, daß Schwierigkeiten zwischen Egypten und dem Sultan austauschen, und ich hoffe, daß wir es mit Erfolg thun werden.

Bezüglich der Verhältnisse mit dem Transvaalland äußerte Gladstone:

Wir sind eingeladen worden, die Verhandlungen betreffs unserer Konvention mit dem Transvaalland wieder zu eröffnen; es ist möglich, daß in einzelnen Detailfragen die Bedingungen der Konvention abgeändert werden können; ich weiß nicht, was das Resultat sein wird, wir hoffen, daß die Konvention bald ratifizirt werden wird. Aber wir werden immer die Interessen der zahlreichen eingeborenen Bevölkerung des Transvaallandes und die Würde Englands vor Augen haben und gewissenhaft hochhalten.

Der Premier schloß seine Rede mit der Erklärung, daß die Politik der liberalen Partei die Politik des Friedens und der Gerechtigkeit sei.

Auf dem sozialistischen Weltkongresse in Chur erstattete auch ein Russe einen Bericht über die Lage der Sozialisten im Zarenreiche und sagte im Wesentlichen Folgendes: In Rußland giebt es zwei Richtungen von Sozialisten. Die Richtung „Tschornyj Peredjel“ glaubt, daß die Befreiung des Volkes nur durch die Masse des Volkes, die Arbeiter, möglich sei. Unsere Thätigkeit war daher auf dem Lande, aber nach jahrelanger Arbeit sahen wir uns getäuscht; aus Jahrhunderte langer Erschlaffung kann das Volk nur durch große Thaten erweckt werden. Daher gingen die Meisten unserer Richtung zu der „Narodnaja Wolja“ über, aus der das Exekutiv-Komitee stammt. Ihr Feld war die Stadt, sie war mehr politische Partei, aber die Mehrzahl ist sozialistisch; einzelne, Scheljabow z. B., waren wie Ribaltzschik, mehr demokratisch als sozialistisch. In neuester Zeit haben wir uns genähert und stehen auf dem Punkt, uns zu vereinigen, so daß wir hoffentlich bald zur Befreiung des Volkes vom Despotismus kräftiger wieder arbeiten können. Nach dem Zaren-Attentate brachen Verfolgungen aus, die das Exekutiv-Komitee zwangen, jede Woche, oft täglich, den Aufenthalt zu wechseln und so den ganzen Sommer auf unthätiger Flucht zu sein. In Rußland giebt es wohl sozialistische Arbeiter, jedoch keine sozialistische Partei, weil die Verfolgungen den verheiratheten Arbeiter hindern, zu agitiren.

Auf der Vladimirstation der Bahnstrecke zwischen Moskau und Nischni-Novgorod, welche der Kaiser bei seiner jüngsten Reise nach Moskau passirte, wurde der Telegraphist Sokolow wegen Betheiligung an nihilistischen Untrieben verhaftet, und ist derselbe bereits geständig. Er galt bisher in Aller Augen für durchaus harmlos. In Folge seiner Aussage wurde, und das ist sehr wichtig, neben anderen Komplizen auch ein Kondukteur Namens Fomin verhaftet. Sokolow gab an, daß sich die bei der Station Papiere und andere Sachen vergraben fänden. An dem angegebenen Ort wurden alsbald ein Kasten und ein Reisefackel mit Papieren gefunden. Auf fernere Angaben wurden zwei junge Mädchen und in Petersburg circa 60 Terroristen verhaftet, ebenso zwei Schüler der Konstantinischen Militärschule. Die Anzeichen für neue Gewaltakte der Nihilisten mehren sich. Die letzte Nummer der „Narodnaja Wolja“ ist sehr vermissen.

Die „Italia“ meldet: „Infolge der speziellen Zusammenkunft der russischen Diplomaten, Herren Wossolow und Butenjew, mit dem Kardinal Jacobini in Gegenwart des Gehilfen des Staatssekretärs und des Sekretärs der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten sind die Präliminarien der Verhandlungen zwischen dem heiligen Stuhle und Rußland zu Ende geführt. Der Gedankenaustausch war von beiden Seiten so vollständig wie möglich und es handelt sich jetzt für die Herren Wossolow und Butenjew nur mehr um die endgültigen Weisungen ihrer Regierung. Sie bereiten sich vor, in diesem Zwecke nach Petersburg abzureisen, von wo sie vermutlich vor Ende November zurückkommen werden.“

Wir haben seinerzeit auf das Erscheinen eines von Professor Dragomanow in Genf redigirten russischen Wochenblattes, „Wolnoje Slovo“ („Freies Wort“), aufmerksam gemacht. Das Blatt vertritt mit sanfter Entschiedenheit den Reformgedanken für Rußland und an dieser Thatsache nimmt ein ebenfalls in Genf erscheinendes revolutionäres Blatt, „Dobritschje Delo“ („Gemeinsame Sache“), Anlaß, dem Kollegen vorzuwerfen, daß es ein verkapptes Regierungsorgan Ignatjew's und nur dazu bestimmt sei, die revolutionäre Partei zu spalten. Hierauf antwortete „Wolnoje Slovo“ so unentschieden, das Dragomanow's Organ nunmehr für die russische Emigration als kaltgestellt zu betrachten ist.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 9. Oktober. Betreffs der in der jüngsten Zeit in der Presse ohne erkennbaren Anlaß aufgetauchten Nachrichten von der Wiederaufnahme des Projektes eines Eisenbahngerichtshofes kann man getrost annehmen, daß in keiner Form, weder in der bestimmteren, noch in der abgeschwächteren, die betr. Mittheilungen zur Zeit irgend welche Bedeutung haben. Die erste Idee eines solchen Gerichtshofes gehört der Periode an, als die offizielle Eisenbahnpolitik noch nicht definitiv mit dem „gemischten System“ gebrochen hatte; in die heutige Politik des durch energische Handhabung der staatlichen Konkurrenz zu unterstützenden Uebergangs zum reinen Staatsbahnsystem paßt sie schlechterdings nicht hinein. Für zivilrechtliche Streitigkeiten über Eisenbahn-Transporte ist das Reichsgericht zuständig; bei der Errichtung eines besonderen Eisenbahngerichtshofes würde es sich um ein Verwaltungsgericht für derartige Angelegenheiten, also um eine Institution handeln, welche in erster Reihe auf die Einschränkung des administrativen Beliebens der Eisenbahnverwaltung hinwirken würde; dies würde geradezu der Zweck sein. Einen solchen konnte die Verwaltung anerkennen, als sie das gemischte System noch als unabänderlich hinnahm und daher das Bedürfnis empfand, der Doppelstellung als verwaltende und kontrollirende Instanz einigermaßen überhoben zu werden; die Nothwendigkeit verwaltungsgerichtlicher Kontrolle mag andererseits für das Publikum sich künftig um so dringlicher erweisen, je vollständiger das Staatsbahnsystem durchgeführt sein wird, und vielleicht wird dann auch die Regierung wieder zur Anerkennung derselben zu veranlassen sein. Während des jetzigen Uebergangs aber werden Fürst Bismarck und Herr Maybach sicherlich wenig Neigung verspüren, sich durch Einsetzung einer solchen verwaltungsgerichtlichen Kontrolle die Hände zu binden — um so weniger, da hinter der Verstaatlichung der preussischen Bahnen wenigstens in den Intentionen des Kanzlers nach wie vor als zweiter Akt der Operation das Reichseisenbahn-Projekt steht. Es ist übrigens auch eine wohl aufzuwerfende Frage, wo denn das Eisenbahn-Recht zu finden wäre, auf Grund dessen ein Eisenbahn-Verwaltungsgericht urtheilen sollte. — Die offiziöse Presse hat es vom Augenblick der Sezessions-Erklärung an als politisches Dogma behandelt, daß die Sezessionisten mit Haut und Haar der Fortschrittspartei verfallen seien. Danach hat es weiter nichts zu bedeuten, wenn diese Presse das jüngste Auftreten Dr. Lasker's in einer hiesigen Wählerversammlung gemeinschaftlich mit Herrn E. Richter

zu Gunsten der Kandidatur Birchow in demselben Sinne auslegte. Da aber auch auf liberaler Seite hier und da der Vorgang ähnlich interpretirt wird, so ist es gerathen, zu konstatiren, daß dazu keinerlei Grund vorliegt. Wie die Sezessionisten ihr Verhältniß zur Fortschrittspartei auffassen, das ist klar dadurch festgestellt worden, daß sie bereit waren, gemeinschaftlich mit den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei einen Wahlauftrag zu erlassen, mit dieser allein aber nicht. Herr Birchow ist im zweiten hiesigen Wahlkreis der einzige liberale Kandidat gegen Herrn Stöcker. Während in früheren Jahren der rechte Flügel der Nationalliberalen besondere Kandidaten aufzustellen pflegte, z. B. Herrn Falk, ist selbst das diesmal nicht geschehen, alle Liberalen werden im ersten Wahlgange für die fortschrittlichen Kandidaten votiren. Wenn unter diesen Umständen Herr Lasker, der Wähler des zweiten Wahlkreises ist, in einer Versammlung desselben für Birchow sprach, so liegt gar kein Grund vor, hieraus irgend welche Schlüsse auf allgemeine Parteiverhältnisse zu ziehen. Auch der Inhalt seiner Rede, über welche in den Zeitungen übrigens nur sehr unzulänglich berichtet wurde, gab dazu keinen Anlaß.

Vocales und Provinzielles.

Bosen, 10. Oktober.

r. Die Beerdigung des verstorbenen Professors Dr. Tiesler fand Sonntag d. 9. d. M. Nachmittags unter außerordentlich starker Betheiligung auf dem Kirchhofe der evangelischen Kreuzkirchen-Gemeinde an der Halldorffstraße statt; es war diese starke Betheiligung wohl der beste Beweis der Liebe und Hochachtung, welche der Verstorbene sich auch in weiteren Kreisen unserer Stadt durch seine langjährige segensreiche Thätigkeit erworben hatte. Von dem Trauerhause auf dem Graben bewegte sich der Zug auf demselben Wege, den der Verstorbene oft im Leben gemacht hatte, durch die Gr. Gerberstraße, über den Bernhardsiner und den Grünen Platz, nach dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, und von dort durch die Schützen- und Halldorffstraße nach dem Kirchhofe. Eröffnet wurde der Zug durch den Oberlehrer Schmidt und 6 Schüler des königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, welche Stäbe mit Trauerkörnern trugen, und 4 Gymnasiasten mit Palmenzweigen; es folgten weiter ein starker Musikchor, welches Choräle und Trauermärsche spielte, sodann die übrigen zahlreichen Schüler des Gymnasiums, zu deren Seiten Ordner mit Trauerstäben gingen, und das gesammte Lehrer-Kollegium der Anstalt; auf einem Kissen wurde ein Lorbeerkranz getragen, und unmittelbar vor dem Sarge ging der Superintendent Klette an der hiesigen Kreuzkirche. Auf dem von vier Pferden gezogenen Leichenwagen stand der mit Kränzen und Palmenzweigen geschmückte Sarg; zu den beiden Seiten des Wagens gingen je 4 ehemalige Schüler des königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums mit Palmenzweigen und 4 jetzige Schüler mit Trauerstäben. Dem Sarge folgten die Leidtragenden, und ein sehr zahlreiches Gefolge, darunter die Direktoren und viele Lehrer der beiden anderen hiesigen höheren Lehranstalten, viele Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, Mitglieder des Vereins zur Brämrung treuer weiblicher Diensthofen, ehemalige Schüler der Anstalt u. d. d. Schluß bildete Oberpräsident v. Gunt her, begleitet vom Konstitual-Präsidenten von der Gröben und dem Provinzial-Schulrath Polke; in dem Zuge bemerkte man auch viele Polen. An das Gefolge schloß sich eine Reihe von Equipagen. Auf dem Friedhofe wurde von einem Gymnasial-Sängerkorps zunächst ein Choral gesungen; die Trauerrede hielt Superintendent Klette, und den Beschluß machte gleichfalls der Gesang eines Choral.

— Verbot einer Druckschrift. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird im „Reichsanzeiger“ durch die hiesige Regierung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nummer 1 der in Genf erscheinenden, in der polnischen Druckerei Rue de Lausanne Nr. 49 gedruckten periodischen Druckschrift „Przedsit“ vom 15. August 1881 nach § 11 des gedachten Gesetzes verboten worden ist.

— Der Märkisch-Bosener Eisenbahn ist das Privilegium zur Ausgabe von 500,000 Mark 4prozentiger Prioritätsobligationen behufs Herstellung der Eisenbahn von Opalenica nach Grätz ertheilt.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 8. Oktober. Se. Majestät der Kaiser empfing gestern den Bischof Raef von Straßburg nebst zwei Domkapitularen von Straßburg und Metz in halbstündiger Audienz. Heute bejeunirte der Kaiser im großherzoglichen Schlosse, machte am Nachmittag eine Spazierfahrt und folgte um 5 Uhr einer Einladung des Fürsten von Fürstberg zum Diner. — Das Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin ist zusehends besser. Allerhöchstdieselbe promenirt täglich Vormittags und Nachmittags im Walde.

Stuttgart, 8. Oktober. Aus Anlaß des Schlußes der Landesgewerbe-Ausstellung hat der König, wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet, unterm 5. d. M. von Schloß Friedrichshafen aus folgendes Schreiben an den Minister des Innern v. Sid gerichtet:

Mein lieber Staatsminister des Innern Dr. v. Sid! Dank dem einmüthigen und ausopfernden Zusammenwirken aller Betheiligten, insbesondere der Stadtgemeinde Stuttgart und der Staatsbehörden, welche der württembergischen Landesgewerbeausstellung eine würdige Stätte bereitet, des Präsidenten und der Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses, sowie der Ausstellungskommission, welche in uneigennützigster und umsichtiger Weise ihre Kraft zum Besten des Werkes eingesetzt, insbesondere aber der so zahlreich erschienenen Aussteller aus Württemberg und Hohenzollern, die sämmtlich das Beste, was sie vermochten, mit Geschick und Geschmeid zur Erscheinung zu bringen bestrebt waren, hat unsere Landesausstellung einen Erfolg errungen, der alle zuvor gehegten Erwartungen übertrifft. Es drängt mich daher, jetzt bei dem Schluß derselben allen, welche zu dem schönen Ergebnisse beigetragen, ebenso wie auch den Mitgliedern des Preisgerichts, die sich ihrer mühevollen und schwierigen Aufgabe mit Eifer und Hingebung entledigt, Meinen königlichen Dank und meine volle Anerkennung auszusprechen. Ich wünsche von Herzen, daß die Ausstellung, die ein so befriedigendes Bild der Leistungsfähigkeit unseres Volks geboten, durch die Eröffnung weiterer Absatzgebiete für das Gedeihen unserer Industrie von nachhaltigem Vortheil und durch die Belehrung und Anregung, die sie gewährt, von reichem Segen für die fernere Entwicklung derselben sein möge. Zugleich hoffe ich aber auch, es werde die Anerkennung, die dem Gelingen zu Theil geworden, für Alle ein Sporn sein, auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu schreiten, auf daß wir eine würdige Stelle behaupten im friedlichen Wettkampfe der Völker zum Heile und zur Ehre der Schwäbischen Heimath und zum Ruhme des deutschen Vaterlandes! Indem ich Sie beauftrage, von Vorstehendem allen Betheiligten Kenntniß zu geben, drücke ich Ihnen, der Sie von Anfang an mit unverdrossener Hingebung für das Gelingen des Unternehmens gearbeitet, Meinen besonderen Dank

aus und verbleibe, Mein lieber Staatsminister des Innern, Dr. v. Sid, Ihr gnädiger König
Christiana, 8. Oktober. Der König von Schweden ist heute Mittag hier angekommen.

Wien, 8. Oktober. In einem Schreiben an den Bürgermeister von Wien theilt der Ministerpräsident Graf Taaffe mit, daß auf speziellen Wunsch des Kaisers die Fortsetzung der Donauregulierung aufwärts bis zum Flusse Ybbs, abwärts bis zur ungarischen Grenze in kürzester Frist in Angriff genommen werden solle. Die Kosten seien auf 24 Mill. Gulden veranschlagt und seien in 24 Annuitäten zu verausgaben.

Wien, 8. Oktober. Gegenüber den heutigen Mittheilungen der „Neuen Freien Presse“ in Betreff einer Eisenbahn-Anleihe von 200 Millionen Gulden bemerkt die „Wiener Abendpost“, daß dieselben theils allgemein Bekanntes, theils willkürlich Erfundenes enthalten, daß jedoch Letzteres überwiege.

Vest, 8. Oktober. In der heutigen Sitzung des Unterhauses legte der Justizminister einen Gesetzentwurf betreffend die Schließung von Ehen zwischen Christen und Israeliten vor.

Rom, 7. Oktober. Der gestrige Empfang des in Bukarest akkreditirten englischen Gesandten White durch den Papst war durch keine spezielle Mission desselben veranlaßt. White ist Katholik und hatte eine Privataudienz beim Papste nachgesucht. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Uruguay, Bordenama, welcher gestern vom Kardinal-Staatssekretär Jacobini empfangen wurde, will die von ihm nach Europa unternommene Reise benutzen, um mehrere zwischen Uruguay und dem Vatikan schwebende Fragen zu regeln. Die Blättermeldung, daß der Papst römischen Katholiken gegenüber von der Möglichkeit seiner Abreise von Rom gesprochen habe, wird in unterrichteten Kreisen als unbegründet bezeichnet. Der Kardinal Moretti ist in Bologna gestorben. Der italienische Botschafter in Wien, Graf Robilant, hat sich zu einem Besuch Mantini's nach Neapel begeben.

Paris, 8. Okt. Heute fand in St. Quentin die Einweihung des zur Erinnerung an die Schlacht bei St. Quentin am 19. Januar 1871 errichteten Denkmals statt. Die bei dieser Gelegenheit von dem Kriegsminister Farre gehaltene Rede hob rühmend den Muth und die Selbsterleugnung der improvisirten Armee hervor und lobte den Patriotismus Gambetta's.

Paris, 9. Oktober. Einer hier aus London eingetroffenen Meldung zufolge gilt es als wahrscheinlich, daß England und Frankreich je ein Panzerschiff nach Alexandrien zum Schutze der dortigen europäischen Kolonie absenden werden. Diese Demonstration werde in Folge der Absendung der türkischen Mission nach Egypten für geboten erachtet.

Haag, 8. Oktober. Die internationale Konferenz zur Regelung der Fischerei in der Nordsee wurde heute von dem Finanzminister van Lynden, welcher als Minister des Aeußern die Initiative zu dieser Konferenz ergriffen hatte, eröffnet.

Haag, 8. Oktober. An der internationalen Konferenz zur Regelung der Nordsee-Fischerei nehmen außer dem Chef des Kabinet's van Lynden auch der Wasserstaats-Minister Alard und folgende Delegirte Theil: für die Niederlande Rahusen und Buns, für Belgien Léon Orban und Michel, für Deutschland Donner, Fürbringer und Steengrafe, für Frankreich Begville und Mangel, für England Kennedy, Trevor und Nicole, für Schweden Smitt, für Norwegen Britteville und für Dänemark Brunn. Die Versammlung ernannte den Minister van Lynden zum Ehrenpräsidenten, Rahusen zum Präsidenten, Kennedy zum Vizepräsidenten, sowie den Baron Kengers, Beamten im Wasserstaats-Ministerium, zum Sekretär. Am Montag Vormittag 10 1/2 Uhr findet die nächste Sitzung statt.

Madrid, 8. Okt. Die Könige von Spanien und Portugal hatten heute an der Grenze eine Begegnung, beieinander mit einander und begaben sich heute Abend nach Cáceres. Aus der Provinz Murcia werden erhebliche Ueberschwemmungen gemeldet. An 200 Gehöfte sind durch Wasser von jeder Kommunikation abgeschnitten.

Leeds, 7. Oktober. Der Premier Gladstone erklärte in Beantwortung zahlreicher ihm überreichter Adressen, ein dem irischen ähnliches Agrargesetz sei für England nicht nöthig, in den Beziehungen der Pächter zu den Grundbesitzern seien jedoch viele Verbesserungen einzuführen.

Tiflis, 8. Oktober. Professor Birchow hat sich zum Zwecke anthropologischer Studien nach Abchasien begeben und kehrt von dort direkt nach Berlin zurück.

Konstantinopel, 7. Oktober. Die wegen der Grenze mit Griechenland bei Zarfo Kriteri entstandene Differenz ist noch nicht geregelt, dem Vernehmen nach soll aber in der Kürze eine befriedigende Lösung zu erwarten sein. Die Vertreter der Besitztümer türkischer Schuldtitel haben in einem Schreiben an Server Pascha für den für die russische Kriegsschädigung vorbehaltenen Tribut des Fürstenthums Bulgarien und für den Tribut von Cypern, den England für die Anleihe von 1855 zurückhält; eine Kompensation verlangt.

Bukarest, 7. Oktober. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Journals „Romanul“ findet nächsten Sonntag ein großes Banket zu Ehren Rosetti's statt.

Washington, 8. Oktober. Die Senatoren der republikanischen sowohl wie der demokratischen Partei haben Versammlungen abgehalten und darin Komites gewählt, welche miteinander bezüglich der Organisation des Senats in Berathung treten sollten. Die Berathung verlief resultatlos, da die Demokraten auf dem Rechte, den Präsidenten des Senats zu ernennen, bestanden. Dieselben nominirten den Senator Bayard dazu, während die Republikaner den Senator Anthony aufstellten. Konflikt ist hier angekommen und hat dem Präsidenten Arthur einen Besuch abgestattet.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
8. Nachm. 2	763,7	D schwach	wolkenlos	+14,7
8. Abnds. 10	759,6	D schwach	wolkenlos	+10,0
9. Morgs. 6	753,9	SD schwach	wolkenlos 1)	+6,4
9. Nachm. 2	748,3	S lebhaft	trübe	+16,5
9. Abnds. 10	747,8	SW mäßig	bedeckt	+11,9
10. Morgs. 6	751,0	SW mäßig	heiter	+7,8
1) Regenhöhe 0,4 mm.				
Am 8. Wärme-Maximum	+15°7	=	=	=
= Wärme-Minimum	+4°8	=	=	=
Am 9. Wärme-Maximum	+16°6	=	=	=
= Wärme-Minimum	+6°3	=	=	=

Wetterbericht vom 9. Oktober, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduc. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Mullagbmore	758	SWW	6 wolfig	11
Aberdeen	752	SWW	3 Regen	9
Christiansund	754	ESD	1 Nebel	9
Kopenhagen	757	ESD	4 heiter	9
Stockholm	762	S	2 wolkenlos	8
Paparanda	757	SW	2 wolfig	9
Petersburg	763	WSW	2 bedeckt	8
Moskau	766	SW	1 bedeckt	4
Sorl Queenst.	761	R	5 halb bedeckt 1)	13
Brest	761	still	Dunst 2)	12
Gelber	755	SD	1 Nebel	6
Solt	755	ESD	1 Nebel	9
Hamburg	756	SD	1 Nebel	7
Swinemünde	758	SD	3 wolkenlos 3)	8
Neufahrwasser	763	ESD	4 wolkenlos 4)	3
Memel	765	SD	3 wolkenlos 5)	5
Paris	757	SW	1 bedeckt	7
Münster	756	ESD	3 Regen	7
Karlsruhe	758	SW	1 Regen 6)	7
Biesbaden	759	SD	1 Regen	7
München	759	still	heiter	7
Leipzig	757	ESD	1 wolfig	8
Berlin	757	SD	1 halb bedeckt	9
Wien	762	SD	4 wolkenlos	8
Breslau	761	SD	4 wolkenlos	8
Ne d'Az	761	SWD	1 bedeckt	13
Nizza	760	D	2 bedeckt	16
Triest	769	ESD	4 wolkenlos	

1) Seegang mäßig. 2) Seegang leicht. 3) Dunst, Nachts Thau. 4) Nachts Reis. 5) See ruhig. 6) Dunst.

Stala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = bestiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstzone von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung.
Eine flache Depression, welche gestern Abend über dem südlichen Nordseegebiete lagerte, hat sich bei äußerst starkem Fallen des Barometers über der nördlichen Ostsee nordwärts fortgesetzt und liegt jetzt in einem umfangreichen Depressionsgebiete mit schwacher Luftbewegung und trübem, nebligem Wetter, welches sich vom Norddeutschen Meere südwärts über West-Zentral-Europa nach dem Mittelmeere ausdehnt. Deßhalb der Linie München-Kopenhagen-Stockholm ist die Witterung andauernd kühl, trocken und fast wolkenlos. In einem Streifen, welcher sich vom Bistaysischen Busen durch Süd-Frankreich und West-Deutschland nach Hannover hinzieht, ist bei vielfachen Niederschlägen beträchtliche Erwärmung eingetreten, so daß daselbst die Temperatur sich wieder den normalen Verhältnissen genähert hat.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Oktober Morgens 1,10 Meter.
= 10. = Morgens 1,02 =

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,475. Pariser do. 80,675. Wiener do. 172,58 R.=M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 100%. R.-M.-Br.-Anth. 129%. Reichsbank 101%. Reichsbank 155%. Darmst. 172. Meiningen B 104%. Oest.-ung. H. 715,00. Kreditaktien 320%. Silberrente 67. Papierrente 66. Goldrente 81%. Ung. Goldrente 78%. 1860er Loose 125%. 1864er Loose 328,00. Ung. Staatsb. 239,00. do. Oest.-Obl. II. 95%. Böhm. Westbahn 277%. Elisabethb. —. Nordwestbahn 201%. Galizier 281%. Franzosen 309%. Lombarden 147%. Italiener 89%. 1877er Russen 91%. 1880er Russen 75%. II. Orientanl. 61%. Zentr.-Pacific 112%. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 60%. Wiener Bankverein 124%. ungarische Papierrente —. Buschtiebrader —. Junge Dresdner —.

Ungarische Eskompt- und Wechselbank —.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 320%, Franzosen 310%, Galizier 283%, Lombarden 149%, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.
Wien, 8. Oktober. (Schluß-Course.) Sehr fest. Ungarische Kreditaktien, Lombarden, Nordbahn und Nebenbahnen Steigend, übrige Werthe ruhiger.

Papierrente 76,65. Silberrente 77,60. Oesterr. Goldrente 94,65. Ungarische Goldrente 118,55. 1864er Loose 123,00. 1860er Loose 131,50. 1864er Loose 170,00. Kreditloose 179,00. Ungar. Prämien. 123,70. Kreditaktien 370,60. Franzosen 357,50. Lombarden 172,50. Galizier 324,75. Oest.-Obl. 150,00. Nordwestbahn 167,70. Nordwestbahn 233,20. Elisabethbahn 216,00. Nordbahn 237,50. Oesterr.-ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 150,70. Anglo-Aust. 159,50. Wiener Bankverein 143,50. Unaar. Kredit 379,25. Deutsche Wäse 57,75. Londoner Wechsel 118,20. Pariser do. 46,60. Amsterdamer do. 97,25. Napoleons 9,36%. Diskanten 5,63. Silber 100,00. Marknoten 57,80. Russische Banknoten 125%. Lemberger Gornowits —. Kronpr.-Rudolf 171,50. Franz.-Loose —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodencredit-Bandbriefe —. Elbthal 257,50. ungarische Papierrente 89,70. ungar. Goldrente 90,60. Buschtiebrader B. —. Ung. Präm. —. Eskompte —.

Wien, 8. Oktober. (Abendbörsen.) Ungar. Kreditaktien 378,00. österr. Kreditaktien 370,00. Franzosen 358,00. Lombarden 173,00. Galizier 326,00. Anglo-Aust. 159,25. Papierrente 76,60. do. Goldrente 118,75. Marknoten 57,80. Napoleons 9,36. Bankverein 143,50. Elbthal 256,00. ungar. Papierrente 89,80. 4 Prozent. ungar. Goldrente 90,60. Lombarden fest.

Paris, 8. Oktober. (Schluß-Course.) Steigend.
3 Proz. amortisirb. Rente 85,95. 5 Proz. Rente 84,50. Anleihe de

1872 116,42%, Italien. 5 Proz. Rente 90,30. Oesterreich. Goldrente 81%, 6 Prozent. ungar. Goldrente 103%, 4 Proz. ungar. Goldrente 79%. 5 Proz. Russen de 1877 94%, Franzosen 775,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 381,00. Lomb. Prioritäten 288,00. Türken de 1865 16,20. Türkenloose 53,25.

Kredit mobiler 770,00. Spanier ext. 27,00 do. inter. —. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 742,00. Societe gen. —. Credit foncier 1740,00. Egypter 383,00. Banque de Paris 1300,00. Banque descompte 885,00. Banque hypothecaire —. III. Orientanleihe 63%. Londoner Wechsel 25,40%. 5 Proz. Rumänische Anleihe —.

Paris, 8. Oktober. Boulevard-Verkehr. Anleihe von 1872 116,25. Italiener 90,00. österr. Goldrente 83%, Türken 16,05. Türkenloose 53,25. Spanier inter. —, do. ext. 27. ungar. Goldrente —. Egypter 386,00. 3 Proz. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —. Fest.

Florenz, 8. Oktober. 5 pSt. Italien. Rente 91,50. Gold 20,35.

Produkten-Course.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 320%, Franzosen 310%, Lombarden 149%, Galizier 283%, 1860er Loose —. österr. Goldrente —. ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. österr. Silberrente —. Papierrente —. III. Orientanl. 61%, ungar. Papierrente —, 1880er Russen —. Darmstädter Bank —. Ungar. Eskompte —. Wiener Bankverein —. Diskonto-Kommandit —. Ruhig.

Bremen, 8. Oktbr. Petroleum. (Schlußbericht.) wenig Geschäft. Standard white loco 8,00, per November 8,10, per Dezember 8,15, pr. Januar 8,15, pr. Februar 8,15, pr. März 8,05. Alles bezahlt.

Hamburg, 8. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco unveränd., auf Termine flau. Weizen per Oktober-November 236,00 Br., 234,00 Gd., per April-Mai 226,00 Br., 224,00 Gd. Roggen per Oktober-November 180,00 Br., 179,00 Gd. per April-Mai 167,00 Br., 165,00 Gd. — Hafer und Gerste unveränd. — Rüböl loco 55,00, per Oktober 55,00. — Spiritus loco, per Oktober 51 Br., per November-Dezember 48 Br., per Dezember-Januar 47 Br., per April — Mai 45 Br. — Kaffee festig, Umiaz 4000 Sack. — Petroleum flau. — Standard white loco 8,50 Br., 8,40 Gd., per Oktober 8,25 Gd., per November-Dezember 8,15 Gd. — Wetter: wärmer.

Brest, 8. Oktober. (Produktenmarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine matt, per Herbst 12,60 Gd., 12,63 Br., per Frühjahr 13,27 Gd., 13,30 Br. Hafer pr. Herbst 7,87 Gd., 7,90 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,50 Gd., 7,52 Br. — Wetter: schön.

Paris, 8. Oktober. Produktenmarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Oktober 32,50, per November 32,75, per November-Dezember 32,75, per Januar-April 32,75. — Roggen behauptet, per Oktober 22,75, per Januar-April 22,75. — Mehl 9 Marques weichend, pr. Oktober 69,30, per November 69,40, per November-Dezember 69,40, per Januar-April 69,40. Rüböl ruhig, per Oktober 78,25, per November 77,75, per Dezember 78,25, per Januar-April 79,00. — Spiritus ruhig, per Oktober 66,00, per November 65,75, per Dezember 65,75, per Januar-April 65,75. Wetter: regnerisch.

Petersburg, 8. Oktober. Produktenmarkt. Talg loco 58,75, per August —. Weizen loco 17,00. Roggen loco 13,00. Hafer loco 5,75. — Hafer loco 31,00. Leinöl (9 Pud) loco 15,25. — Wetter: trübe.

Antwerpen, 8. Oktober. (Getreidemarkt.) Schlußbericht. Weizen weichend. Roggen behauptet. — Hafer ruhig. Gerste still.

Antwerpen, 8. Oktober. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19½ bez. u. Br., pr. November 20½ Br. per November-Dezember 20½ Br., pr. Januar 20½ Br. Fest.

Amsterdam, 8. Oktober. Banaqinn 58½.

Amsterdam, 8. Oktober. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen per November 334. Roggen pr. Oktbr. 227, pr. März 208.

London, 8. Oktober. Bei dem gestrigen Schluß der Wollauktion waren Preise unverändert, mit den Schlusspreisen der Juniaktion verglichen stehen heute beste Snow White Wollen in voller Parität, Country Scoured und fehlerhafte Snow White 1 d., Viehe ½ d. niedriger, Natal Grease in Parität.

London, 8. Oktober. An der Rüste angeboten 6 Weizenladungen. — Wetter: Regen.

London, 8. Oktober. Havannazucker Nr. 12,25. Matt.

Liverpool, 8. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen und Mehl unverändert, Mais ½ d. billiger. — Wetter: schön.

Liverpool, 8. Oktober. Baumwolle (Schlußbericht.) Umsatz 8,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner low middl. u. darunter ½, middl. u. darüber ½ d. billige. Middl. amerikanische Oktober-Dezember-Lieferung 6½, Januar-Februar-Lieferung 6½ d.

New York, 8. Oktober. Waarenbericht. Baumwolle in New York 11½, do. in New Orleans 11. Petroleum in New York 7½ Gd., in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificates —. D. 93 C. Mehl 6 D. 40 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 51 C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 50½ C., do. per November. 1 D. 53 C., do. pr. Dezember 1 D. 56½ C. Mais (old mixed) 73 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8½. Kaffee (Rio-) 11½. Schmalz (Marle Wilcox) 12½, do. Fairbanks 12½, do. Robe u. Brothers 12½. Speck (short clear) 10½ u. Getreidefracht 4.

Marktpreise in Breslau am 8. Oktober.

Bestimmungen der städtischen Markt-Deputation.	gute	mittlere	geringe	Waare
	Hoher	Niedriger	Hoher	Niedriger
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Weizen, weißer	23 10	22 90	22 60	21 60
do. gelber	22 50	22 30	22 —	21 20
Roggen	18 10	17 90	17 70	17 30
Gerste	16 30	15 50	15 —	14 70
Hafer	14 60	14 30	14 10	13 60
Erbsen	20 —	19 30	18 80	18 20

Bestimmg. d. v. d. Handelskammer eingef. Kommission.	feine	mittel	ordin.	Waare
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
Raps	25	10	24	10
Wintererbsen	24	20	23	20
Sommererbsen	—	—	—	—
Dotter	—	—	—	—
Schlaglein	26	50	24	50
do. gals.	24	50	23	—
Hanfsaat	17	50	16	50

Kleejamen ohne Umsatz, rother ruhig, per 50 Kilogr. 33—36—40—46 Mark, weißer ruhig, per 50 Kilogramm 35—45—53—60 Mark, hochfeiner über Notiz bez. — Rap s u e n preis haltend per 50 Kg. 7,60—7,70 M. fremde 7,30—7,50 M., Sept.-Okt. 7,50 M. — Leinfuchsen behauptet, per 50 Kilogramm 9,40—9,60 M., fremde 8,60—9,30 M. — Lupinen ohne Umsatz, per 100 Kg. gelbe 11,80—12,50—13,00 Mark, blaue 11,60—12,30—12,80 Mark. — Thymothee sehr fest, per 50 Kilogramm 26—28—29,00 Mark. — Bohnen schwach zugeführt, per 100 Kilogramm 18,00—19,00—19,50 Mark. — Weizen ohne Angebot, per 100 Kilogramm 13,70—14,20—14,70 Mark. — Heu per 50 Kilogramm 3,20—3,50 Mark. — Strohh: per Schock à 600 Kilogramm 29,00—31,00 Mark. — Kartoffeln, pro 100 Liter, 5,00—6,00 Mark, per 50 Liter 2,50—3,00 Mark, per 2 Liter 0,10—0,12 Mark. — Mehl: ohne Menderung, per 100 Kilogramm Weizen fein 31,75—32,50 Mark, Roggen-Hausbacken 26,50—27,00 M., Roggen-Futtermehl 11,25—12,00 Mark, Weizenmehl 10,00—10,50 Mark.

